

Kein Krieg gegen Flüchtlinge! **EU-Migrationspolitik, Kriminalisierung von Flüchtlingshilfe und Recht auf Bewegungsfreiheit**

Veranstaltung mit Elias Bierdel, ehem. Vorsitzender der Cap Anamur
und Conni Gunßer, Flüchtlingsrat Hamburg
am 20.6.07, 20 Uhr Pavillon, Hannover und
am 21.6.07, 19.30 Uhr Werkstatt 3, Nernstweg 32, Hamburg-Altona

Einleitung:

Im September 2004 saß ich schon einmal zusammen mit Elias Bierdel auf einem Podium in Hamburg. Wir hatten ihn sowie den EU-Abgeordneten Tobias Pflüger eingeladen, um über die gerade stattgefundenen Ereignisse um die Cap Anamur und die Militarisierung der EU-Migrationspolitik zu berichten. Ich stellte damals die zu der Zeit auch in der deutschen Öffentlichkeit diskutierten Pläne für Flüchtlingslager außerhalb der EU-Grenzen dar. Ich möchte deshalb mit einem kurzen Rückblick auf diese Pläne beginnen und dann fragen, was aus ihnen und anderen Vorschlägen inzwischen geworden ist, welche Widersprüche zutage traten und welchen Widerstand es dagegen gab, gibt und geben sollte.

Seit **2003** beschäftige ich mich genauer mit EU-Migrationspolitik, u.a. Lagern.

Anlass: **britische Lagerpläne** in Transit- und Herkunftsregionen von Flüchtlingen = erste Vorschläge zur Auslagerung von Asylverfahren aus der EU

Sowohl Flüchtlinge im Transit als auch aus der EU Zurückgeschobene (v.a. als

„offensichtlich unbegründet“ abgelehnte Flüchtlinge aus sog. „sicheren

Herkunftsstaaten“) sollten dort zur Durchführung von Asylverfahren interniert werden

nicht zufällig zeitgleich zum Beginn des Irakkriegs (Frühj. 2003) und der höchsten

Zahl an AsylbewerberInnen in der industrialisierten Welt 2002 in GB

Reaktion des **UNHCR**: Modell mit Befürwortung geschlossener Lager, aber innerhalb der (bis dahin erweiterten) EU = an ihren Rändern

Argumente: „Asylmissbrauch eindämmen“ und finanzielle Einsparungen (EU: 10.000

Dollar pro Asylbewerber im Jahr, UNHCR in anderen Weltregionen: 50 Dollar)

offizielle Ablehnung dieser Pläne durch viele EU-Länder, incl. Deutschland

Schily: diese Lager würden nicht funktionieren, sondern nur noch zusätzliche

Flüchtlinge anziehen und Zahl derjenigen, die nach Europa gelangen, eher erhöhen

als reduzieren -> Lager-Thema öffentlich kaum noch diskutiert

Schily selbst kam dann aber im Sommer 2004 – zusammen mit seinem italienischen Kollegen Pisanu – mit neuen Lagerplänen an die Öffentlichkeit:

Als Reaktion auf die Rettung von 37 afrikanischen Flüchtlingen durch das deutsche

Schiff „**Cap Anamur**“, die erst nach langen Verhandlungen in Sizilien an Land

durften und alle abgeschoben wurden, schlug Schily die Errichtung von **Lagern in**

Nordafrika vor – dort sollten Asylverfahren durchgeführt und für anerkannte

Flüchtlinge eine Aufnahme in einem Drittland besorgt werden, „in der Regel in der

Nähe ihres Heimatlandes mit Unterstützung der EU“ (Schily laut FAZ 22.7.04). Die

übrigen sollten so schnell wie möglich abgeschoben werden. „Humaner als ertrinken“ nannte Schily diese Lösung.

Auch diese Lagerpläne stießen damals auf Kritik und **Ablehnung, sogar im EU-Parlament**, und Schily sprach schließlich nur noch von „**Begrüßungszentren**“.

Aber hinter den Kulissen wurden Fakten geschaffen: Aus Italien wurden weiter

Bootsflüchtlinge nach **Libyen** abgeschoben, wo Lager mit italienischem Geld

finanziert werden. Ende 2004 besichtigte eine EU-Delegation diese Lager und

verfasste darüber einen 70seitigen Bericht, der auch den Geheimvertrag mit Italien

zur Abschiebung enthielt. Im Mai 2005 stoppte der Europäische Gerichtshof die

Abschiebungen von 11 Bootsflüchtlingen vorläufig.

In **Tunesien** gab es schon damals 13 geheime Abschiebehafteinrichtungen. Laut Berichten von MenschenrechtsaktivistInnen ist es so gut wie unmöglich, dazu Öffentlichkeit herzustellen.

In Marokko, Algerien, später auch in Mauretanien waren Lager geplant. Allerdings gab es in den meisten Ländern auch Vorbehalte, und in Zeitungskommentaren hieß es z.B., **Deutschland sei als „Weltmeister“ im Bau von Lagern bekannt** und brauche dieses Know How nun wirklich nicht exportieren.

Marokko weigerte sich, Lager einzurichten und schob Flüchtlinge lieber an die algerische Grenze bzw. – nach dem Sturm auf die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Herbst 2005 – in die Wüste der Westsahara ab.

Mauretanien richtete im Frühjahr 2006 mit spanischer Unterstützung und Guardia Civil-Präsenz zwei Lager ein, als nach strikteren Grenzkontrollen in Marokko die Zahl der Bootsflüchtlinge, die von dort starteten, enorm anstieg.

Auch in **Osteuropa** gibt es immer mehr geschlossene Lager, u.a. in der Ukraine.

Inzwischen habe ich den Eindruck, dass die EU-Migrationspolitik der **„Externalisierung“** – der offizielle Begriff, der mit „Auslagerung“ nur unzureichend übersetzt wird – nicht mehr hinterfragt wird und die meisten nordafrikanischen, aber auch osteuropäischen Staaten sich für ein bisschen Geld, Unterstützung ihrer Regimes gegen Proteste im Land und eigene Migrationsquoten zum Hilfspolizisten der EU machen lassen.

Aber ich sehe **drei neue, beängstigende Tendenzen**:

- Es geht in den meisten **Transitländern** nicht (mehr) um Lager, in denen evtl. auch Asylverfahren durchgeführt werden, sondern es geht fast nur noch um **Verhinderung der Einreise in die EU und Abschiebung** der auch dort unerwünschten TransitmigrantInnen – mit finanzieller und logistischer Hilfe der EU. Das heißt nicht, dass keine MigrantInnen mehr in die EU gelangen, aber die **Reisewege werden teurer und riskanter**, d.h. es gibt mehr Tote, und diejenigen, die es schaffen, werden **illegalisiert statt Asylanträge stellen zu können** (2006: nur 199.000 Anträge in EU, Deutschland: an 17. Stelle).
- So wie die **Migrationsrouten und Orte des Aufbruchs sich verschieben** (in Westafrika z.B. immer weiter nach Süden), so verschieben sich auch die **Abwehrmaßnahmen der EU** immer mehr in Richtung Herkunftsländer. Angelegt war das bereits in den britischen und deutschen Lagerplänen: **„Regionale Schutzzonen“** in und um die Herkunftsländer, in die Flüchtlinge zurückgeschoben werden können, engere Kooperation mit Regierungen dort, u.a. zur **Identifizierung** der Flüchtlinge, und konkrete Maßnahmen zur **Verhinderung der Abreise** (z.B. von Schiffen mit „Blinden Passagieren“ an Bord) waren schon damals Teil der Konzepte.
- Als **„Gegenleistung“ für Rückübernahmeabkommen** verlangen nicht nur Transit- sondern auch Herkunftsländer Möglichkeiten für legale Migration – deshalb, aber auch wegen Interessen von EU-Ländern an billigen, rechtlosen Arbeitskräften wird neuerdings das alte „Gastarbeitermodell“ mit neuem Namen (**„zirkuläre Migration“**) wieder aufgewärmt.

Überblick über mein Referat (auch als Folie):

Bevor ich zu diesen Tendenzen und den darin enthaltenen Widersprüchen, die sich m.E. gut an den **Beschlüssen der beiden EU-Afrika-Konferenzen** zu „Migration und Entwicklung“ festmachen lassen, komme, möchte ich an einem **Beispiel** deutlich machen, worum es m.E. vor den Grenzen Europas zur Zeit geht.

Anschließend will ich versuchen, die **Forderung nach Bewegungsfreiheit als Grundrecht** zu erläutern, die inzwischen von vielen Gruppen und Bewegungen der EU-Politik entgegengestellt wird.

Davon ausgehend werde ich dann am Beispiel Afrika und EU ein bisschen erzählen, was sich dort an **Organisierung und Bewegungen** gegen die EU-Migrationspolitik entwickelt und welche Ansätze von **transnationaler Vernetzung** es gibt.

Am Schluss möchte ich – auch um die Diskussion zu eröffnen – die Frage stellen, wie sich **unsere Handlungsmöglichkeiten und –notwendigkeiten** hier durch diese Politik verändern. Dazu möchte ich ein paar Vorschläge aus Diskussionen und Veranstaltungen gegen den G8-Gipfel darstellen.

1. Beispiel: Frachter „Marine I“ vor der mauretanischen Küste

(Folie: Karte von Mauretanien)

Seit der Vorfälle an den Zäunen der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Oktober 2005 mit mindestens 11 Toten und Massenabschiebungen in die Wüste und der darauf folgenden Verschärfung der Grenzsicherung haben sich – wie auch hier in den Medien dargestellt – die Migrationsrouten nach Süden verlagert, zumindest im westlichen Afrika: statt übers Mittelmeer versuchen immer mehr Menschen, auf der wesentlich riskanteren Route über den Atlantik auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Im Jahr 2006 sollen dies insgesamt 31.000 MigrantInnen geschafft haben. Mindestens 7000 (evtl. auch doppelt so viele) kamen dabei ums Leben.

Zum einen sind dies überwiegend **junge Leute aus westafrikanischen Ländern** (Senegal, Mali, Gambia, Guinea, aber auch weiter entfernt liegenden Staaten), die sich in **kleinen Holzbooten** auf den Weg machen, inzwischen nicht mehr von Marokko aus, sondern von Mauretanien, Senegal, Gambia oder sogar dem noch weiter entfernten Guinea.

Zum andern gibt es aber auch **Flüchtlinge und MigrantInnen aus anderen Weltregionen**, die – meist nach einer langen Odyssee - auf dieser Route versuchen, Europa zu erreichen, einige auch in größeren Schiffen.

Anfang Februar 2007 auch hier in der Presse: Meldungen über einen **Frachter „Marine I“ mit ca. 400 Menschen an Bord**, darunter ca. 70 aus afrikanischen und über 300 aus asiatischen Ländern (u.a. Pakistan, Indien, Bangladesch, Sri Lanka und Afghanistan), der auf der Fahrt Richtung Kanarische Inseln in Seenot geriet.

Die Regierungen von Spanien, Senegal, Mauretanien und mehreren anderen Staaten weigerten sich, diesem Schiff zu Hilfe zu kommen und es an Land zu lassen – nicht zuletzt wegen der dort gerade stattfindenden Wahlen. Erst nach etwa zwei Wochen hatte Spanien Mauretanien dazu bewegt, das Schiff dort in den Hafen Nouadhibou schleppen zu lassen – unter der Bedingung, dass alle Flüchtlinge so schnell wie möglich abgeschoben werden. Spanien werde alles finanzieren und sich um Papiere für die MigrantInnen aus Asien bemühen.

Mauretanien solle sich um die **afrikanischen Flüchtlinge** kümmern. Letztere wurden dann innerhalb weniger Tage außer Landes geflogen, begleitet von spanischen Sicherheitskräften. Das Ziel wurde nicht genannt, aber nach Artikeln in der französischen und spanische Presse waren Guinea und Elfenbeinküste im Gespräch, da die Marine I wahrscheinlich von dort losgefahren sei. Ob die Flüchtlinge von dort kommen, interessierte genauso wenig wie die Tatsache, dass in Guinea gerade nach einem Generalstreik das Kriegsrecht verhängt worden war und in der Elfenbeinküste Bürgerkrieg herrscht.

Neuere Infos nach taz-Artikel (20.3.07): 35 Afrikaner wurden von spanischen Polizisten in einem Militärflugzeug nach Guinea-Bissau geschickt. Kurz vor dem Landeanflug: Nein der dortigen Regierung -> erst mal auf Kapverden, in Lager eingesperrt, ohne Kontakt zur Außenwelt, selbst dem UNHCR Zugang verweigert. Nach mehreren Tagen weiter in ein Lager nach Guinea, wo der korrupte Diktator Lansana Conté dringend Geld brauchte, um sein Militär zu bezahlen, damit es sich nicht auch noch gegen ihn stellte. Am Beispiel eines weiteren Schiffs mit 350 asiatischen Flüchtlingen, das Ende März auf dem Weg zu den Kanaren von Frontex-Booten gestoppt wurde, lobte EU-Justizkommissar Frattini in einem FAZ-Interview am 29.3.07 die guineische Regierung: „Mit politischer Unterstützung Senegals und in Begleitung eines senegalesischen Bootes wird dieses Schiff nun in seinen Herkunftshafen Guinea geleitet. Guinea hat dabei bisher einen positiven Geist der Kooperation gezeigt.“

Bei den **asiatischen Flüchtlingen** auf der Marine I gestaltete sich die Abschiebung offensichtlich schwieriger, da die Botschaften erst die Herkunft klären wollten. Mauretania ließ die MigrantInnen aber nicht an Land, auch nicht in die im Frühjahr 2006 errichteten Lager (die es offiziell nicht mehr gibt), sondern sie wurden zuerst auf einem alten Schiff, dann in einem Hangar, einer fensterlosen Halle im Hafen, unter menschenunwürdigen Bedingungen interniert, von 40 spanischen Polizisten bewacht. Anfang März hieß es in der spanischen Presse, dass nun auch die meisten von ihnen abgeschoben seien. Laut taz wurden aber bis 20.3. nur 165 ausgeflogen, darunter 95 nach Indien und 22 (aus Birma, Sri Lanka und Afghanistan) wurden nach Spanien gebracht. Von den übrigen sitzen laut Angaben von Menschenrechtlern einige auch Ende Mai noch im fensterlosen Hangar in Nouadhibou.

Beunruhigend und kennzeichnend für die neuen Tendenzen ist an diesem Beispiel folgendes:

- In den Medienberichten fragte niemand, **ob die Menschen auf dem Schiff Asylanträge stellen wollten** – lediglich in einem Internetartikel des UN news service vom 9.2.07 war zu lesen: „it is not clear whether there are people on board of the Marine I seeking asylum“. Ihre Abschiebung als „illegale“ war längst beschlossen, und der UNHCR dient nur als machtloses Alibi.
- Zumindest bei den afrikanischen MigrantInnen interessierten offensichtlich niemanden irgendwelche **Identitätspapiere** – Abschiebung in das angebliche Abreise- oder Transitland ist der neue Trend, und korrupte Regimes wie das in Guinea akzeptieren das, wenn dafür EU-Gelder fließen.
- Die Frage ist, **wer künftig noch Menschen in Seenot retten wird** (was eigentlich durch internationale Seerechtskonventionen vorgeschrieben ist) wenn sie nirgends an Land dürfen. Genau dies Problem hatte ja auch die „**Cap Anamur**“, und vor kurzem begann auf Sizilien der **Prozess** gegen die verantwortlichen Besatzungsmitglieder, denen bis zu 12 Jahre Haft drohen, wenn ihnen Beihilfe zur „illegalen Einreise“ nachgewiesen wird. Zu weiteren aktuellen Beispielen von Zuständigkeitsstreitigkeiten bei der Rettung von Bootsflüchtlingen vor den Küsten Libyens und Maltas, das Anfang Juni selbst toten Flüchtlingen die Einreise verweigerte, wird Elias Bierdel mehr erzählen.

2. Die Beschlüsse der EU-Afrika-Konferenzen und ihre Widersprüche

(Folie: 2 Seiten zur **offiziellen Rabat-Konferenz, 10./11.07.06**)

Am Beispiel der beiden Konferenzen: Überblick über EU-Afrika-Migrationspolitik und ihre Widersprüche -> Forderungen und Handlungsansätze dagegen?

Vorspann: erste Konferenz von Ursprungs-, Transit- und Zieländern zur Abstimmung einer Strategie für Migration „und Entwicklung“ (auf Druck der afrikan. Länder mit rein), 21 europ., 24 afrikan. Länder +EU + UNHCR vertreten
Politische Erklärung zur „euro-afrikanischen Partnerschaft“ und Maßnahmen (Erst „Zuckerbrot“, dann „Peitsche“ aufgelistet):

- strukturelle Entwicklung der Entwicklungsländer
- Mögliche Gewinne durch legale Migration
- Flexibilisierung des Arbeitnehmerverkehrs
- Aktive Integrationspolitik und Kampf gegen Ausgrenzung
- Verstärkung der Kapazitäten in den Ursprungs- und Transitländern zur Regelung der Migrationsbewegungen und der Grenzkontrollen
- Kampf gegen illegale Einwanderung und Rücknahme der illegalen Einwanderer

Zum **Aktionsplan** von Rabat (Reihenfolge der Maßnahmen umgekehrt!!!):

2.1 „**Konkrete Maßnahmen im Kampf gegen die illegale Migration**“

(Nov. 06 Tripolis: 40 Mio Euro-Fonds zum „Migrationsmanagement“)

- „Einsetzung wirksamer Systeme der **Rücknahme** auf bilateraler und regionaler Stufe“ (siehe Abkommen von Spanien mit Senegal, Mali, Gambia, Mauretanien...-> 2006: 6000 Abschiebungen von den Kanaren, Jan.-Mai 2007: mehr als 20 Flüge von Spanien mit MigrantInnen aus Senegal, Guinea, Gambia und Nigeria; Razzien und Abschiebungen in/aus Marokko – aber wohin mit den MigrantInnen?; Visaeinführung auch für arabische Staaten, Razzien und Abschiebungen aus Libyen)
- „Logistische Unterstützung für die **Identifizierung** illegaler Einwanderer“ (siehe Delegationen = korrupte Beamte aus Senegal und Guinea auf den Kanaren – letztere vorher in Deutschland und der Schweiz! – laut FAZ-Artikel 29.3.07: „Frontex-Ermittler aus Deutschland versuchen in Flüchtlingslagern z.B. auf den Kanarischen Inseln Hintergründe über den weltweit organisierten Menschenhandel zu erfahren“.)
- „Einrichtung eines **Frühwarnsystems**“ (Technik wie SIVE, Hubschrauber, Boote zur Überwachung, Datensammlung und -auswertung; aber auch: Technik muss bei europäischen Firmen gekauft werden = Riesengeschäft für Siemens etc.!)
- „Entwicklung **juristischer und polizeilicher Kooperationsmechanismen**“ (u.a. Aus- und Fortbildungen, z.B. in Bundespolizeischule Lübeck, Verbindungsbeamte von EU-Staaten in Transit – und Herkunftsländern, auch konkret z.B. der Hamburger Ausländerbehörde)

Wesentlich für Koordinierung dieser Aufgaben zum Schutz der Außengrenzen sowie Rückführungsaktionen, technische Unterstützung, Forschung, Ausbildung: **Frontex** (Name von: frontières extérieures) = Europäische Grenzschutzagentur, Zuständigkeitsbereich: EU-Länder, Schweiz und bzgl. Schengen-Umsetzung assoziierte Länder, v.a. Norwegen und Island, arbeitet seit 3.10.2005, Budget von 22 Mio. Euro, 78 Bedienstete, sollen auf 140 erhöht werden in 2007, Mitgliedstaaten sollen technisches Gerät einbringen -> „**Frontex-Toolbox**“
26.4.07: Beschluss, dass Frontex-**Eingreifteams (Rabbit-Einheiten mit 450 Polizisten) exekutive Befugnisse** bekommen (WM-Erfahrungen nutzen!)
Operative Einsätze auf vier Hauptmigrationsrouten (südl. Seegrenzen, östl. Landgrenzen, Balkan, internat. Flughäfen), z.B.:

Hera I, II, III vor Kanaren, Kapverden und Senegal, u.a. Identifizierung (deutsche Experten dabei), Operation auf See und Einsatz von Grenzüberwachungsgeräten
Nautilus 2 = gemeinsame Operation von Malta und Griechenland + Libyen einbeziehen in Frontex!

Frontex prahlt damit, dass durch diese Einsätze die **Zahlen z.B. der auf den Kanaren gelandeten Bootsflüchtlinge von Jan.-April 2007 gegenüber 2006 um 50% zurückgegangen** sind und dass es **12.300 Festnahmen** gab. Mitte Mai stellte Frontex seine Patrouillen vorübergehend ein – prompt landeten allein an **einem Wochenende ca. 1000 MigrantInnen** auf den Kanaren (FR 16.5.07). Es ist zu vermuten, dass dieser Effekt beabsichtigt war, um die Aktionen von Frontex zu legitimieren und **weitere Gelder, Technik und Personal** einzufordern. Der kombinierte Einsatz eines Bootes und eines Flugzeugs kostet z.B. 3700 Euro pro Stunde!

Realität: MigrantInnen lassen sich von Frontex nicht aufhalten, sondern suchen neue Wege. Ca. **80.000 Ausreisewillige** kampieren laut Medienberichten an den **Küsten Mauretaniens und Senegals**, in Marokko und anderen **Maghreb-Ländern** werden mind. **50.000** Flüchtlinge blockiert.

2.2 „**Konkrete Maßnahmen zur Begünstigung legaler Migration und der Ansiedlung der Migranten in den Ursprungsländern**“

in Tripolis von afrikan. Ländern gefordert, aber von EU nicht bewilligt: Mrd.-Fonds für Entwicklungsprojekte insbes. für junge Leute, die sonst auswandern stattdessen 10 Punkte in Rabat beschlossen - Beispiele und Widersprüche:

- „**Reduzierung der Kosten von Geldsendungen**“ -> in Tripolis Beschluss, Konkurrenz der Agenturen zu fördern und Steuern auf Überweisungen zu erheben, angeblich für Projekte = staatl. Kontrolle über sie zu bekommen = Interesse der Regierungen an **Rücküberweisungen** der MigrantInnen, die höher sind als „Entwicklungshilfe“, auch um staatl. Leistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich, bei Versorgung der Alten etc. zu ersetzen; wegen zunehmender Privatisierung der Überlebenssicherung werden weitere Migrationsgründe geschaffen, denn nur wer Familienmitglieder im Ausland hat, kann überleben

- „**Kooperationsprojekte bei Wirtschaftsbereichen, die Beschäftigung schaffen** (Landwirtschaft, Tourismus, **Fischerei**)“ – grade im letztgenannten zerstören die EU-Fischfangflotten vor der westafrikan. Küste die Existenz der lokalen Fischer -> treiben sie in die Migration, um dann z.B. als Billigarbeitskräfte auf den EU-Trawlern zu schuffen, und zum Vermieten/Verkauf ihrer Boote für die Überfahrt zu den Kanaren (siehe VOX/Spiegel-TV-Special „Vergiftete Geschenke“ über EU-Subventionen und Afrika)

- „Pläne für **temporäre Migration**, die die Rückkehr der Emigranten ermöglicht“ - erste Beispiele: 73 Putzkräfte aus Senegal nach Spanien, sollen in den nächsten 2 Jahren 4000 werden für Rückübernahme von ?? MigrantInnen (geheim->Streit darum); 2600 marokkanische Frauen mit Kindern zuhause für Erdbeerernte in Spanien; Arbeitsvermittlungsbüro in Mali – aber werden die Leute zurückgehen? Deutschland: Quote 0 wegen „Gastarbeiter“-Erfahrungen“ und osteurop. Arbeitskräftereservoir

= Es werden Lösungen vorgeschlagen, die keine sind, sondern noch Widersprüche verschärfen und Migrationsgründe schaffen und bei Verhinderung von Migration soziale Unruhen erzeugen/verstärken (Migration als Ventil).

Außerdem: Bevölkerungsrückgang in Industrieländern -> Migration nötig, um aktive Bevölkerung für Rentenzahlung zu erhalten (siehe UN-Bericht Mai 2007))

3. Grundrecht auf Bewegungsfreiheit

Als Gegenforderung

- **gegen neoliberale Globalisierung:** freier Verkehr von Waren und Dienstleistungen, aufgezwungen durch EPA, EU-Waren dagegen subventioniert auf afrikan. Märkte; Reisefreiheit für reiche Geschäftsleute – für ausbeutbare Arbeitskräfte nur reglementiert und für arme Menschen gar nicht?
- **in Afrika** (und anderen Ländern des globalen Südens?): als **antikoloniale Forderung** (EuropäerInnen reisen überall hin und beuten Länder aus – warum dürfen AfrikanerInnen sich nicht frei auf der Welt bewegen?)
- **in Deutschland:** gegen die restriktive Asylpolitik (**Residenzpflicht** als Form der Apartheid)
- **transnational gegen die Aushöhlung des Asylrechts und das EU-Grenzregime:** Flüchtlinge und MigrantInnen erreichen die EU nicht mehr oder nur noch als Illegalisierte -> polit. Forderungen nach Bleiberecht und gleichen Rechten für alle müssen um die nach globaler Bewegungsfreiheit ergänzt und Menschen vor den Grenzen unterstützt werden!

Forderung nicht so sehr an den Staat, eher Ausdruck realer Bewegungen: Flüchtlinge durchbrechen Residenzpflicht und überqueren Grenzen ->

Anerkennung des Rechts auf Rechte!

Juristische Grundlage der Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit:

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, Artikel 13 (Grundrecht jedes Menschen, sein Land verlassen zu können = er muss auch irgendwohin!)

Euro-afrikanische NGO-Konferenz in Rabat erklärte: Bewegungsfreiheit ist „eine Bedingung und Voraussetzung für die Wahrnehmung anderer Grundrechte“ und forderte als Sofortmaßnahmen u.a. „die Abschaffung aller Visa für kurzen Aufenthalt, aller Behinderungen, ein Territorium zu verlassen, und die detaillierte und kontrollierte Rechtfertigung aller Verweigerung von Visa zur Niederlassung mit einer strikten Symmetrie der Ausstellungsbedingungen für AfrikanerInnen und EuropäerInnen für diese Art Visa“ (Rabat-Manifest – siehe dort weitere Forderungen!)

Bild von Victor Nzuzi, DR Kongo: EU versucht, Strom in Eimer zu lenken -> klar, dass er überläuft -> Desaster – Warum den Fluss nicht fließen lassen? Er weiß selber, wo er hin will und ausweichen oder versickern kann!

4. Organisation in afrikanischen Ländern und transnationale Vernetzung

(Folie: Daten zur EU-Afrika-Migrationspolitik und Widerstand)

Die NGO-Konferenz „Migrationen, Grundrechte und Bewegungsfreiheit“ am 30.6./1.7.06 in Harhoura bei Rabat / Marokko (nur kurz darstellen)

- Anlass: EU-Afrika-Konferenz „Migration und Entwicklung“ am 10./11.7. in Rabat
- OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen der Gegenkonferenz: über 150 VertreterInnen von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen aus Europa, Nord- und Subsahara-Afrika + Subsahara-Flüchtlinge (v.a. aus Kongo u.Elfenbeinküste), die in Marokko leben
- Diskussionen auf der Konferenz

Plenum:

- ° afrikanische Perspektive (gegen Neokolonialismus, eigene Stärke)
- ° „Europa schließt unsere Grenzen“
- ° Gendarmenrolle durch Externalisierung

- Bewegungsfreiheit für alle statt nur fürs Kapital!
- gegen Lager und „migration choisie“ (ausgewählte Einwanderung)
- unerträgliche Situation der MigrantInnen und Flüchtlinge in Marokko
- „thematische Versammlungen“:
 - Bewegungsfreiheit und Visapolitik
 - Aushöhlung des Asylrechts
- Kritik des UNHCR wg. unerträglicher Situation der Flüchtlinge
- Aktionen in Rabat am 24.7.06 und Benin am 30.8.06
- Ergebnisse:
 - Manifest, Pressekonferenz und Kundgebung vor dem Parlament (nur wg. europ. TeilnehmerInnen keine Repression und Tote wie eine Woche vorher bei Gew.-Demo)
 - Aufruf zu Aktionen gegen die EU-Afrika-Konferenz
 - Comitee de suivi
 - mailing list
- Infoaustausch über Situation (z.B. Tote, Razzien und Abschiebungen in Marokko)
- und Aktionen (z.B. in Mali und Benin)
- Unterschriften und Mobilisierung für Aktionstag 7.10.
- Mobilisierung und Vorbereitung für das WSF in Nairobi und gegen den G8-Gipfel

Aus dem 2. newsletter „crossing borders“:

7. Oktober in afrikanischen Ländern (nur Länder erwähnen)

Mali: Ein "Forum der MigrantInnen" wurde organisiert für 10 Tage in Bamako, wo MigrantInnen, die aus Europa oder Nordafrika abgeschoben wurden, über ihre Erfahrungen berichteten und mit AktivistInnen und WissenschaftlerInnen diskutierten. Es endete am 7. Oktober mit Aufrufen für Bewegungsfreiheit, Demokratie und Selbstorganisation afrikanischer Menschen.

Benin: Am 6. und 7. Oktober wurden eine Konferenz und eine Gebetsveranstaltung organisiert von Flüchtlingsorganisationen. Für den darauf folgenden Montag war eigentlich eine Versammlung vor der EU-Vertretung geplant, aber nach dem Tod eines Mitglieds mangels Versorgung durch den UNHCR in Benin wurde eine spontane Versammlung vor dem UNHCR-Büro organisiert.

Mauretanien: Die Menschenrechtsvereinigung lud zu Pressekonferenzen und einem "Tag der offenen Tür" ein in der Hauptstadt Nouakchott und in Nouadhibou, einer Stadt im Norden, von wo viele MigrantInnen mit Booten zu den Kanarischen Inseln aufgebrochen sind und, nach einem Abkommen mit der EU, seit März 2006 mehr als 4000 MigrantInnen interniert und die meisten von ihnen abgeschoben wurden.

Marokko: Eine große Zahl MigrantInnen- und StudentInnen-Organisationen rief zu einer Versammlung am Zaun von Ceuta auf, wo 2005 mindestens fünf MigrantInnen ihr Leben verloren. Über 150 Menschen kamen, um an diese Ereignisse zu erinnern und die europäische Migrationspolitik anzuprangern - mitten zwischen starken Einheiten von Polizei und Militär.

Widerstand gegen Abschiebungen nach Afrika (v.a. Senegal und Marokko erwähnen!)

Senegal: Nach einem Abkommen am 14. September 2006 wurden über 5000 MigrantInnen von Spanien nach Senegal abgeschoben, die meisten von ihnen heimlich über den kleinen Flughafen von St. Louis, um Proteste in der Hauptstadt Dakar zu verhindern. Aber die senegalesische Regierung - die sich auf Wahlen im Februar 2007 vorbereitet - setzte diese Abschiebungen Ende Oktober aus, weil die Opposition protestierte, den Inhalt des Abkommens veröffentlicht haben und wissen wollte, was mit den 20 Millionen Euro passiert, die die Regierung von Spanien bekam. Nach Wahl: Abkommen akzeptiert, aber weiter Widerstand, z.B. von Rescapés (Geretteten), Fischern/Gewerkschaften und Frauenorganisationen -> Vernetzung

Gambia: Nach Unterzeichnung eines "Memorandums of understanding" gegen "illegale" Einwanderung mit Spanien und dem Erhalt von 5 Millionen Euro akzeptierte die gambische

Regierung die Abschiebung von 255 MigrantInnen innerhalb eines Monats in dies kleine Land mitten im Senegal, mindestens 144 davon am 28. Oktober 2006. Kurz nachdem das Flugzeug am internationalen Flughafen von Banjul gelandet war, weigerten sich die Abgeschobenen eine kurze Zeit, aus den beiden Flugzeugen auszusteigen. Einige von ihnen wurden dabei beobachtet, wie sie Glasscheiben auf dem Flughafen mutwillig beschädigten, Stühle zerschmetterten, Klimaanlage und Windschutzscheiben von Autos zerstörten, andere wurden dabei gesehen, wie sie mit Gewalt ihre Köpfe gegen die Mauern schlugen, als ob sie Selbstmord begehen wollten. Dreißig von ihnen werden jetzt vor Gericht gebracht. Trotz Meldungen über Tausende von Toten im rauen Atlantik, setzen sich insbesondere junge Leute in kleine Boote, um Richtung Kanarische Inseln zu fahren.

Melilla: Eine Gruppe von etwa 30 MigrantInnen revoltierte Anfang November 2006 während eines Abschiebeflugs von der spanischen Enklave Melilla nach Guinea-Bissau, griff die Polizei an Bord an und zwang den Piloten, auf dem Flughafen von Malaga/Spainien zu landen.

Spanien: Tod eines Nigerianers bei Abschiebung in Fesseln und mit Knebeln im Mund am 9.7.07, Protest von Passagieren -> Rückflug

Marokko: Beginnend am frühen Morgen des 23. Dezembers 2006, fanden Razzien, Verhaftungen und Massenabschiebungen subsaharischer AfrikanerInnen statt in Marokko, erklärt als Konsequenz der EU-Afrika-Konferenz in Rabat und gut geplant genau vor Weihnachten. 250-400 Menschen, unter ihnen Frauen, Kinder, Flüchtlinge und AsylantragstellerInnen mit Dokumenten des UNHCR, wurden in Busse gesetzt, zur algerischen Grenze bei Oujda gefahren und - indem in die Luft geschossen wurde - gezwungen, Marokko mitten in der Nacht zu verlassen. FlüchtlingsaktivistInnen und Menschenrechtsorganisationen kämpfen darum, mit den MigrantInnen in Kontakt zu kommen und sie dabei zu unterstützen, zurückzukehren. Sie klagen die Regierung an, Menschenrechte zu verletzen im Rahmen der Kollaboration mit dem EU-Migrationsregime.

Mitte März 2007: Observationen und Festnahmen von AktivistInnen in Oujda (MenschenrechtlerInnen, StudentInnen, Leute in armen Vierteln), die Essen an MigrantInnen verteilen, trotzdem unterstützen sie weiter die ca. 700 Subsahara-Flüchtlinge, die sich in Oujda und Umgebung versteckt aufhalten (Tranquilos)

Razzien und Abschiebungen gehen weiter, aber in kleinen Gruppen, da Regierung europäische Öffentlichkeit fürchtet.

18.-25.5.07: Sit-in vor dem UNHCR in Rabat mit Forderungen nach Schutz, rechtlicher und materieller Unterstützung – UNHCR schließt seine Türen, MigrantInnen geräumt, Verhandlungen weitgehend erfolglos außer Versprechen von Mikrokrediten und kleinen finanz. Leistungen

Auf See: Ostern2007 wurde Boot mit 57 MigrantInnen auf Weg zu Kanaren von Frontex gestoppt -> **MigrantInnen bewarfen Frontex-Boot mit Brandsätzen**, Boot flüchtete -> von Frontex aus der Luft überwacht, bis es nach Gran Canaria kam -> Flüchtlinge festgenommen und nach Mauretanien gebracht -> Prozess

5. Veränderung unserer Handlungsmöglichkeiten und –notwendigkeiten?

Gegen den G8-Gipfel: 9 AktivistInnen aus afrikanischen Herkunfts- und Transitländern von Flüchtlingen eingeladen, gemeinsam:

- **2.6.: Teilnahme als Block an der Großdemo** in Rostock
- **3.6.: Transnationale Vernetzungstreffen** u.a. mit AktivistInnen aus Afrika und Osteuropa zu Migration mit workshops und Eröffnungsveranstaltung
- 4.6.: MigrationsAktionstag** in Rostock mit dezentralen Aktionen, Demo, Konzert und Abendveranstaltung (zu Bewegungsfreiheit gegen globale Apartheid)
- **5.-7.6.: Alternativgipfel** mit AktivistInnen zu Migration auf der Eröffnungsveranstaltung 5.6. und Podien u.a. zu Hintergründen von Flucht+Migration am 6.6. + zu Bootsflüchtlingen, Cap Anamur-Prozess und Situation in Marokko am 7.6.

Wichtig:

- gemeinsame Erfahrungen, auch in Konfrontationen mit der Polizei

- voneinander gelernt, nicht nur beim Infoaustausch über Migrationspolitik, sondern auch über unsere verschiedenen/ähnlichen? Organisations- und Widerstandsformen, Forderungen und Strategien
- Ideen für künftige gemeinsame Aktionen entwickelt, z.B.
 - Weiterer Austausch von Infos und Aktionsideen (mailing lists)
 - Gegenseitige Unterstützung, z.B. Solierklärungen und Medienberichte
 - Koordinierte Aktionen in versch. Ländern, z.B. gegen EU-Sammelabschiebungen und an bestimmten Aktionstagen
 - Weitere gemeinsame Treffen und Aktionen, z.B.
 - Brüssel: Global Community Dialogue on Migration, Development and Human Rights (GCD on MDHR) 10.-11.7. parallel zum Intergovernmental Forum on Migration and Development (GFMD)
 - Osteuropa: noborder-Camp in der Ukraine 11.-20.8. (Transkarpatien)
 - Afrika: Gegenkonferenz zum 3. EU-Afrika-Regierungstreffen im November in Lissabon (Ratspräsidentschaft Portugals)

Interesse an Diskussion mit Elias Bierdel:

Wie kann gemeinsames Handeln auch mit Seeleuten und Reedern möglich sein?

Wie wehren wir uns gegen Kriminalisierung und Repression?

Bild von Victor Nzuzi: G8 als Symbol der Herrschenden als großer Elefant = stark – wir = soziale Bewegungen als kleine Ameisen oder Bienen, aber wir sind viele und können gemeinsam den Elefanten so lange pieksen, bis er tot umfällt!